



**USIC**

Union Suisse des Sociétés d'Ingénieurs-Conseils  
Schweizerische Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmen  
Unione Svizzera degli Studi Consulenti d'Ingegneria  
Swiss Association of Consulting Engineers

# USIC POLITMONITOR

Winter 2016

**SESSIONSVORSCHAU** 28. November – 16. Dezember  
**ABSTIMMUNGSEMPFEHLUNGEN** 27. November 2016

# INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungen und Legenden	2
Editorial	3
Sessionsvorschau Winter 2016	4
Eidgenössische Abstimmungen vom 27. November	8

# ABKÜRZUNGEN UND LEGENDEN

## Abkürzungsverzeichnis

### Parlamentsgeschäfte

BRG	Geschäft des Bundesrats
Pa.Iv	Parlamentarische Initiative
Kt.Iv	Standesinitiative
Mo.	Motion
Po.	Postulat
Ip.	Interpellation
A.	Anfrage
Pet.	Petition

### Behandlungskategorien

I	freie Debatte
II	organisierte Debatte
IIIa	Fraktionsdebatte
IIIb	Verkürzte Fraktionsdebatte
IV	Kurzdebatte
Ip.	Interpellation
A.	Anfrage
V	schriftliches Verfahren








### Eidgenössische Organe

BR	Bundesrat
NR	Nationalrat
SR	Ständerat
APK	Aussenpolitische Kommission
FK	Finanzkommission
GPK	Geschäftsprüfungskommission
KVF	Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen
RK	Kommission für Rechtsfragen
SGK	Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
SiK	Sicherheitspolitische Kommission
SPK	Staatspolitische Kommission
UREK	Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie
WAK	Kommission für Wirtschaft und Abgaben
WBK	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur
-N	des Nationalrats
-S	des Ständerats

### Fraktionen

BD	BDP-Fraktion
CE	CVP/EVP-Fraktion
RL	FDP-Liberale Fraktion
G	Grüne Fraktion
GL	Grünliberale Fraktion
S	Sozialdemokratische Fraktion
V	Fraktion der Schweizerischen Volkspartei ohne Fraktionszugehörigkeit

### Legenden

	Dringlicher Handlungsbedarf		Zufrieden
	Handlungsbedarf		Neutral
	Aktives Monitoring		Unzufrieden
	Passives Monitoring		

### Herausgeber

Schweizerische Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmungen usic  
Effingerstrasse 1, Postfach, 3001 Bern,  
Tel +41 31 970 08 88, Fax +41 31 970 08 82  
USIC@USIC.CH  
WWW.USIC.CH  
WWW.FACEBOOK.COM/USIC.CH  
WWW.TWITTER.COM/USIC\_CH

### Rückmeldungen und Auskünfte

Laurens Abu-Talib  
Tel +41 31 970 08 88  
laurens.abu-talib@USIC.CH

### Quellen

[Curia Vista Geschäftsdatenbank](#)  
[Vernehmlassungen](#)  
[Eidgenössische Abstimmungen](#)

# EDITORIAL

Die kommende Wintersession der eidgenössischen Räte steht ganz im Zeichen der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, aber auch der anstehenden Revision des öffentlichen Beschaffungsrechts.

## **Postulat für die Förderung der Qualität bei Vergaben von Ingenieurleistungen**

Nachdem die Antwort des Bundesrates zur Interpellation François (FDP/VD) „Öffentliche Beschaffungen. Dienstleistungen zu welchem Preis?“ ([16.3493](#)) beim Interpellanten durchgefallen ist, hat dieser nun mit dem Postulat „Öffentliche Beschaffungen. Massnahmen im Bereich der Planungsleistungen“ ([16.3785](#)) nach gedoppelt. Weil der Bundesrat die KBOB und die privaten Akteure dazu aufgefordert hat, alternative Vergabemethoden zu erarbeiten, soll der Bundesrat nun in Beantwortung des Postulats aufzeigen, dass das zukünftige Recht auch genügend Spielraum lässt, um diese zu zulassen. Die Anwendung der Zwei-Couvert-Methode kann dafür als Prüfstein verwendet werden.

Die usic wird sich zudem im Rahmen der [Allianz für ein fortschrittliches öffentliches Beschaffungswesen \(AföB\)](#) bei der anstehenden Beschaffungsrechtsrevision für die Anliegen der intellektuellen Dienstleister stark machen.

## **Umsetzung der MEI – Bürokratischen Aufwand gering halten**

Die SPK-S hat den Vorschlag des Nationalrats zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ([16.027](#)) dahingehend verschärft, dass Arbeitgeber zusätzlich Bewerbungsgespräche mit Kandidierenden zu führen und deren Ablehnung gegenüber den Behörden

hinreichend zu begründen haben. Die usic hat in ihrer [Stellungnahme](#) darauf hingewiesen, dass der Fachkräftemangel einzelner Branchen entsprechend berücksichtigt werden muss. Zugleich muss der bürokratische Aufwand bei der Stellenbesetzung für die Wirtschaft so gering wie möglich gehalten werden.



Dr. Mario Marti  
Geschäftsführer usic  
Rechtsanwalt

# WINTER 16 / SESSIONSVORSCHAU

## Politik & Lobbying

Mittwoch, 30. November 2016

Ständerat

**16.027 – BRG**

**Ausländergesetz. Steuerung der Zuwanderung und Vollzugsverbesserungen bei den Freizügigkeitsabkommen**

**Inhalt:** Im Rahmen der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative strebt der Bundesrat weiter eine einvernehmliche Lösung mit der EU an. Weil aber mit der EU noch keine Einigung erzielt werden konnte, schlägt er nun vor, die Zuwanderung mittels einseitiger Schutzklausel zu steuern: Wird ein bestimmter Schwellenwert überschritten, muss der Bundesrat jährliche Höchstzahlen festlegen. Um das inländische Arbeitskräftepotenzial besser auszuschöpfen, will der Bundesrat zudem, dass Personen aus dem Asylbereich, die in der Schweiz bleiben dürfen, leichter eine Arbeit finden.

**Bisher:** SPK-N: "Inländervorrang light" mit dreistufigem Verfahren. NR: Beschluss gemäss Kommission. SPK-S: Zusätzliche Bewerbungsgespräche und Begründung bei Ablehnung.

**Stand der Beratung:** Behandelt vom Nationalrat.



**BEDINGTE ANNAHME.** Dem akuten Fachkräftemangel spezifischer Branchen, wie den Ingenieuren, muss stärker Rechnung getragen werden. Die usic hat deshalb in ihrer **Stellungnahme** eine Ausnahmeregelung für besonders vom Fachkräftemangel betroffene Branchen gefordert. Je länger die Verhandlungen dauern, desto geringer wird der staatspolitische Spielraum. Es muss rasch eine wirtschaftsverträgliche Lösung gefunden werden. Der bürokratische Aufwand für die Unternehmen muss dabei so gering wie möglich gehalten werden.

## Mobilität & Infrastruktur

Dienstag, 6. Dezember 2016

Nationalrat IIIa/IV

**16.040 – BRG**

**Finanzierung der schweizerischen Bahninfrastruktur für die Jahre 2017-2020**

**Inhalt:** Der Bundesrat will mittels 13,2 Mia. Franken aus dem Bahninfrastrukturfonds (BIF) die Finanzierung der Bahninfrastruktur für die Jahre 2017-2020 sichern. Er trägt damit dem Anstieg bei den Kosten des Substanzerhalts und dem Verkehrsaufkommen Rechnung und will behindertengerechte Bahnhöfe weiter fördern.

**Bisher:** KVF-S: Annahme gemäss BR. SR: Gemäss BR. KVF-N: Gemäss SR.

**Stand der Beratung:** Behandelt vom Ständerat.



**ANNAHME.** Eine gut funktionierende Bahninfrastruktur ist zentral für den wirtschaftlichen Fortschritt der Schweiz. Insbesondere bei den Fahrbahnen besteht ein Nachholbedarf, welcher im Interesse einer nachhaltigen Instandhaltungsphilosophie aufgeholt werden muss.

# WINTER 16 / SESSIONSVORSCHAU

## Mobilität & Infrastruktur

Donnerstag, 8. Dezember 2016

Ständerat

15.322 – Kt.Iv. Genf

### Für Pilotversuche zur Einführung einer Innenstadtmaut

**Inhalt:** Die Bundesversammlung wird aufgefordert, ein Gesetz zu verabschieden, das - namentlich in Genf - die Durchführung eines Pilotversuchs zur Einführung einer Innenstadtmaut ermöglicht.

**Bisher:** KVF-S: Zuwarten bis Konzeptbericht des Bundes zum "Mobility Pricing" vorliegt. KVF-S: Keine Folge geben.

**Stand der Beratung:** Im Rat noch nicht behandelt.



**FOLGE GEBEN.** Die usic setzt für eine verursachergerechte Verkehrsfinanzierung ein. Auch im Hinblick auf eine sinnvolle Verkehrslenkung hat sich Road Pricing im Ausland erfolgversprechend erwiesen. Da die Bundesverfassung die Gebührenerhebung im Grundsatz verbietet, muss das Parlament die Anwendung von Pilotversuchen ausdrücklich bewilligen. Stellungnahme der usic zum Entwurf Konzeptbericht Mobility Pricing.

# WINTER 16 / SESSIONSVORSCHAU

## AG Vergabe

Mittwoch, 14. Dezember 2016

Ständerat

**16.3785 – Po. Français (FDP/VD)**

### **Öffentliche Beschaffungen. Massnahmen im Bereich der Planungsleistungen**

**Inhalt:** Der Bundesrat wird aufgefordert, einen Bericht vorzulegen über seine Abklärungen zum Thema Preise bei der Vergabe von Ingenieurleistungen und darüber, zu welchen Schlussfolgerungen er dabei gelangt ist.

1. Welche Massnahmen müsste der Bundesrat treffen, damit inskünftig auf die folgenden Fragen Antworten gegeben werden können:
  - a. Zu welchen Stundenansätzen vergeben Bundesstellen Ingenieur- und Planungsleistungen im Rahmen von öffentlichen Ausschreibungsverfahren?
  - b. Zu welchen Stundenansätzen verrechnen Betriebe des Bundes Dritten ihre Ingenieur- und Planungsleistungen?
  - c. Zu welchen internen Stundenansätzen sind diese Leistungen als effektive Projektkosten gerechnet worden?
2. Wie beabsichtigt der Bundesrat, im Rahmen der Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) die sogenannte Zwei-Couvert-Methode als Beschaffungsinstrument zu empfehlen, angesichts des Umstandes, dass das Bundesgericht entschieden hat, dass der Preis einer Leistung bei der Vergabe mit mindestens 20 Prozent zu gewichten ist.
3. Der Vorentwurf des totalrevidierten BöB sieht vor, dass ungewöhnlich tiefe offerierte Preise einer Plausibilitätsprüfung unterzogen werden können. Welche objektiven Kriterien erachtet der Bundesrat als geeignet, um Dumpingangebote identifizieren zu können?
4. Anstatt es den Planern zu überlassen, den Zeitaufwand abzuschätzen, den sie für eine spezifische Leistung werden aufwenden müssen, geben die Ausschreibungen der Auftraggeber oftmals bereits einen bestimmten Zeitaufwand für die Planungsleistungen vor. Wie verträgt sich nach Ansicht des Bundesrates diese Praxis mit den Anforderungen des BöB hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit?

**Stand der Beratung:** Im Rat noch nicht behandelt.



**ANNAHME.** Das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen verlangt zu Recht, dass der Wettbewerb unter den Anbietern gestärkt und die verfügbaren Mittel wirtschaftlich eingesetzt werden sollen (Art. 1 Abs. 1 lit. b und c BöB). Die Akzeptanz von Dumpingpreisen durch die Bundesbehörden schießt jedoch bei Weitem über das angestrebte Ziel der Wirtschaftlichkeit hinaus. Bei so tiefen Stundenmittelansätzen für intellektuelle Dienstleistungen bleibt es sehr fraglich, ob ein Anbieter in der Lage ist, die geforderte Qualität zu liefern und seinen Mitarbeitenden faire Löhne zu bezahlen. Die Folge ist eine beginnende Auslagerung von Ingenieurdienstleistungen ins Ausland. Dadurch wird Wertschöpfung in der Schweiz vernichtet, eine für unsere wichtige Infrastruktur bedeutende Branche geschädigt und insbesondere die Ingenieurwachskette gefährdet.



# WINTER 16 / SESSIONSVORSCHAU

## Qualität & Unternehmensführung

Freitag, 16. Dezember 2016

Nationalrat V

**04.456 – Pa.Iv. Müller (FDP/AG)**

### **Begriffe und Messweisen in Bau- und Nutzungsvorschriften. Harmonisierung**

**Inhalt:** Der Bund erlässt Vorschriften (gesetzliche Massnahmen und soweit erforderlich verfassungsrechtliche Anpassungen), um Begriffe sowie Messweisen in Bau- und Nutzungsvorschriften - formell - zu vereinheitlichen. Der materielle - Gehalt soll Sache der Kantone (und Gemeinden) bleiben.

Vorbehalten bleiben die Bestrebungen der Kantone nach einer interkantonalen Vereinbarung (Konkordat) über die Vereinheitlichung der Baubegriffe und Messweisen, wie sie in einer am 8. März 2000 als Postulat überwiesenen Motion verlangt wird.

**Bisher:** UREK-N: Folge gegeben. UREK-S: Zustimmung. NR: Fristverlängerung. UREK-N: Abschreibung.

**Stand der Beratung:** Folge gegeben.



**FOLGE GEBEN.** Eine Harmonisierung der Baubegriffe ist dringend nötig, um die Transaktionskosten für kantonsübergreifend handelnde Akteure zu senken. Bestrebungen seitens der Kantone sollen prioritär behandelt werden. Die Umsetzung der Initiative könnte den Harmonisierungsprozess der Kantone beschleunigen.



# EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN

## 27. NOVEMBER 2016

VORLAGE

PAROLE

---

**Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie  
(Atomausstiegsinitiative)»**

---

-